Das garantierte Mindesteinkommen : Ausweg aus der sozialpolitischen Sackgasse?

Autor(en): **Heilmann, Thomas**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik**

Band (Jahr): **- (1988)**

Heft 4: **Neue Armut : neue Sozialpolitik**

PDF erstellt am: **28.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-584181

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

DAS GARANTIERTE MINDESTEINKOMMEN – **AUSWEG AUS DER SOZIALPOLITISCHEN SACKGASSE?**

Das Debakel der Mutterschaftsversicherung vom 6. Dezember 1987 hat die Sackgasse deutlich gemacht, in welcher sich seit einigen Jahren reformorientierte Sozialpolitik befindet. Wie herauszukommen sei, liegt nicht auf der Hand, sondern es bedarf einer umfassenden Diskussion. Lamento über die Arglist des Klassenfeindes findet nur noch Zustimmung bei denen, die es eh schon wissen. Vorschläge für eine Neuorientierung gibt es.

Zwei Schwachpunkte der lange Zeit so erfolgreichen sozialpolitischen Reformpolitik – mindestens was die unmittelbar materiellen Auswirkungen für die helvetische Stammarbeiterschaft betrifft – sind meines Erachtens deren Gebundenheit an die Wachstumspolitik (und damit an die Umweltzerstörung) und deren Ausrichtung auf den «Normalarbeitsbürger», nämlich einen 40 bis 45 Stunden in der Woche arbeitenden Familienvater mit beruflicher Qualifikation, der bis zur Pensionierung sein volles Arbeitspensum erbringen kann und will. Wer von diesem gesetzgeberischen Wunschbild abweicht, läuft Gefahr, durch die Maschen des sozialpolitischen Netzes hindurchzufallen.

Die traditionelle Sozialpolitik musste an Grenzen gelangen, weil das Modell der Wachstumswirtschaft u.a. aus ökologischen Gründen in die Krise geraten ist. Dabei ist es für eine wachsende Zahl von Menschen, die dem Status des Normalbürgers nicht mehr entsprechen, für ihre individuelle Lebensgestaltung unattraktiv geworden.

Die Konzepte zu einem garantierten Mindesteinkommen (GME) verstehen sich als mögliche Antwort auf das angesprochene Dilemma. Das GME ist weder ein Patentrezept zur Lösung aller denkbaren Probleme noch ist es ein Revolutionsersatz, eine Alternative zum «Sozialismus» oder sonstwas. Aber worin bestehen die Konzepte konkret?

WAS IST DAS GARANTIERTE MINDESTEINKOMMEN?

Die verschiedenen Modelle zu einem GME wollen alle ein Ziel erreichen: allen Gesellschaftsmitgliedern soll unabhängig von Alter, Beruf, Geschlecht, Beschäftigung,

FOTO: LUKAS LEHMANN

usw. ein zum Leben oder Überleben notwendiger Anteil am Reichtum dieser Gesellschaft gesichert werden. Alle sollen Anspruch haben auf ein garantiertes, zum Beispiel monatliches Geldeinkommen, ohne dass sie erst den Nachweis der Bedürftigkeit erbringen müssen. Am bekanntesten sind zwei Modelle: der «BürgerInnenlohn» und die «negative Einkommenssteuer». Kürzlich hat der St.Galler Wirtschaftsethiker Enderle an einer Tagung der Paulus-Akademie ein Modell vorgeschlagen, dass am System der Ergängungsleistungen zur AHV anknüpft. Enderles Vorschlag scheint mir prüfenswert, mindestens als realpolitischer Einstieg.

● Der «BürgerInnenlohn» realisiert das GME in der Weise, dass allen EinwohnerInnen des Landes monatlich vom Staat ein bestimmter Geldbetrag gutgeschrieben wird. Diese Summe bildet für alle Teil ihres Einkommens, unabhängig von anderweitigen Einkünften. Bis zur Höhe des «BürgerInnenlohns» ist das Einkommen steuerfrei, wer ein höheres Einkommen erzielt, weil er zum Beispiel noch Lohnarbeit verrichtet, finanziert über eine verschärfte Steuerprogression das GME mit.

● Die «negative Einkommenssteuer» geht von der Einkommensdeklarationspflicht bei der Steuererklärung aus. Bei einer gewissen Höhe des Einkommens (zum Beispiel Fr. 18'000.– im Jahr) beträgt die Einkommenssteuer null. Wer weniger verdient, erhält einen Zuschuss aus der Staatskasse, und zwar in gestaffelter Form, so dass zumindest ein Einkommen von zum Beispiel 12'000 Franken im Jahr gesichert ist.

● Vorteile des «BürgerInnenlohns» sind, dass die Ausschüttung ohne bürokratischen Aufwand vorgenommen werden kann, und aus der Sicht der EmpfängerInnen, dass ein Wechsel des sozialen Status möglich ist, ohne dass eine gewisse finanzielle Absicherung unterbrochen wird. Die «negative Einkommenssteuer» hingegen vermeidet einen Nachteil des ersten Modells, nämlich die Notwendigkeit riesiger Aufwendungen, die erst im nachhinein wieder über Steuererträge abgedeckt werden.

GME DANK NEUEN BÜNDNISSEN?

Enderles Vorschlag scheint mir am ehesten in die Richtung einer negativen Einkommenssteuer zu tendieren. Da er aber sein Einkommenssicherungssystem vom Steuersystem abkoppelt und damit eine eingrenzbare Gruppe von BezügerInnen seiner «Ergänzungsleistungen» schafft, die von einer eigens dazu bestimmten Verwaltung betreut werden, neigt sein System einem «Bedürftigkeitsansatz» zu, den es eigentlich zu vermeiden gälte. Immerhin ist schon sehr bemerkenswert, in welchen Milieus heute neue sozialpolitische Konzeptionen entwickelt werden. Es eröffnen sich neue Bündnismöglichkeiten, die es ermöglichen könnten, die sozialpolitische Auseinandersetzung vom rituellen Hickhack-System zu befreien, in welchem in den letzten Jahren und wohl auch noch in absehbarer Zukunft die Arbeitgeberseite über die wirksameren Kampfmittel verfügt. Einen weiteren Ansatzpunkt zur Ausweitung der Diskussion sehe ich in Richtung grüner Kreise, die über die eigene Nasenspitze hinauszusehen vermögen und die Notwendigkeit erkennen, ihre Absage an die Industriegesellschaft mit einer fundierten Sozialpolitik zu untermauern.

Thomas Heilmann

Garantiertes Mindesteinkommen

ALLE REDEN DAVON – LUXEMBURG HAT'S

Das garantierte Mindesteinkommen ist keine Utopie mehr. Vom übrigen Europa scheinbar unbemerkt hat Luxemburg vor kurzem als erstes Land ein gesetzlich garantiertes Mindesteinkommen eingeführt.

Seit Juli 1986 gibt es im mehrheitlich bürgerlich regierten Luxemburg ein gesetzlich festgelegtes Mindesteinkommen, das je nach Haushaltsgrösse abgestuft und indexiert ist. Personen, welche dieses Einkommen nicht erreichen, erhalten einen staatlichen Zuschuss bis zur Höhe dieses Mindesteinkommens.

Bezugsberechtigt sind alle, die mindestens 10 Jahre in Luxemburg wohnen. Eine weitere Bedingung ist allerdings, dass BezügerInnen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Nur wenn ein Elternteil schulpflichtige Kinder hat und bei ArbeitnehmerInnen über 60 ist diese Bedingung nicht nötig.

Die Gewerkschaften hatten sich in Luxemburg sehr für das garantierte Mindesteinkommen stark gemacht und das neue Gesetz gar als «wichtigstes Sozialwerk seit der Einführung der historischen Sozialgesetze» (Verbot Kinderarbeit etc.) bezeichnet.

In der Detailberatung wurden dann allerdings einzelne Artikel kritisiert, so zum Beispiel die Höhe des Minimaleinkommens, die mindestens aus Schweizer Sicht tatsächlich sehr tief angesetzt sind. Das Mindesteinkommen für eine erwachsene Person mit zwei Kindern liegt zum Beispiel bei rund 1'100 Schweizer Franken.